

**Peter Eisel**

**16.03.2017**

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Ostbevern

\* \* \* \* \*

## **Haushalt 2017 (– 2020)**

### **Vabanque!**

\* \* \* \* \*

**Rede anlässlich der Verabschiedung des Haushaltes der Gemeinde**

**Ostbevern für das Jahr 2017**

- Es gilt das gesprochene Wort –



Begrüßung: BM, Rat, Presse, Bürger, MA der Verwaltung mit Dank für Zusammenarbeit

Haushalt unter bereits seit Jahren bekannten Vorzeichen:

<b>Jahr</b>	<b>Jahresergebnis</b>	<b>Verzehr der Allgemeinen Rücklage</b>
2014	-3.700.000 €	
2015	-800.000 €	
2016	-1.170.294 €	
2017	-1.569.000 €	
2018	-1.552.100 €	
2019	-2.150.800 €	
2020	- 678.200 €	

Wie auch der BM mehrmals betont hat, kann die sich Gemeinde aus eigenen Kräften aus dieser „Falle“ Strukturelles Defizit nicht selbst befreien.

Die Aufgaben, die von Bund und Land auf die Kommunen übertragen werden, müssen erfüllt werden, werden aber bei weitem nicht immer mit den entsprechenden Finanzaufwendungen verbunden. Die Kosten bleiben bei uns!

Aber tun müssen wir etwas.

Die Gemeinde muss versuchen, die Einnahmen zu erhöhen und die Ausgaben zu senken.

Zuerst die Ausgaben:

Seit der Beratung durch den Bund der Steuerzahler versuchen wir, die Ausgaben einzuschränken, wo immer es geht.

In den Etatberatungen zu diesem Etat wurde mit einer Ausnahme darauf verzichtet, Ausgaben zur Diskussion zu stellen, deren Höhe kaum Einfluss auf die Sanierung unsere Haushalte haben.

Die Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeiten, des Sports, der Kultur, der Jugendarbeit und der Integration bleibt gesichert.

Auch größere Ausgaben haben wir hier beschlossen:

- Der BSV bekommt einen neuen Belag für den Kunstrasenplatz..
- Die Arbeit des Jugendwerks bleibt gesichert.
- Die beiden Kulturvereine können mit unserer Unterstützung auch in 2017 rechnen.
- Der Wirtschaftswegeverband soll vorangetrieben werden und im Außenbereich die Finanzierung der Instandhaltung der Wirtschaftswege – mit Unterstützung durch die Gemeinde - sicherstellen.

Die richtig „dicken Brocken“ betreffen natürlich die Investitionen:

- Der Rathausbau
- Der Kauf von Flächen und die Erschließung neuer Wohngebiete
- Der Kauf von Flächen und Aufbau neuer Gewerbegebiete

Das Rathaus, ein Thema, das uns schon zuzeiten unseres ersten hauptamtlichen BM bewegt hat:

Knapp 2.000 m<sup>2</sup> Büro- und sonstige Nutzflächen standen im ersten Raumprogramm dieses Jahres (selbstverständlich inkl. Jobcenter und Polizei). Scheint/schien uns doch übertrieben: Warum sollte im neuen Rathaus neben dem Trausaal noch ein weiterer, etwa gleich großer Konferenzraum gebaut werden? Die Belegung des Trausaals durch vielleicht 4 – 5 Trauungen im Monat lässt nach unserer Auffassung noch Raum für die Nutzung als Konferenzraum.

Büroräume für mehr als 50 MA, aber zurzeit nur 44 MA vorhanden.

Reserven für neue MA sind vorhanden, da im Rahmen der Verstärkung der elektronischen Archivierung derzeit noch benötigten Archivräume wegfallen können.

Drei Besprechungsräume für die Fachbereiche klingen nach Wunschkonzert und passen nicht in unsere finanzielle Situation.

Büros für den FBL FB V lehnen wir ab, da wir diesen neuen FBL ablehnen.

Dass wir das Verfahren der Rathausplanung an sich schon für falsch, weil unter anderem zu teuer, halten, möchte ich nicht noch einmal begründen.

Die Gemeinde überlebt finanziell nur noch ohne HSK durch Kauf, Erschließung und Verkauf von Wohngrundstücken. Damit das funktioniert, müssen natürlich neue Wohngebiete ausgewiesen werden. Das kostet – für Kauf und Entwicklung der Grundstücke – Geld: grundsätzlich ok.

Eine große Einnahmequelle für Kommunen ist die Gewerbesteuer. Um diese Quelle zu fördern, müssen Unternehmen angesiedelt werden. Für uns darf es nicht sein, dass die Gemeinde keine eigenen Gewerbegrundstücke mehr anbieten kann. Wie soll die Gemeinde noch Unternehmen ansiedeln? Welchen Einfluss auf die Art der Betriebe kann sie noch ausüben? Was anderes kann die Verwaltung noch aktiv machen, als auf den freien Immobilienmarkt zu verweisen.

Es wird Zeit, dass Ostbevern neue Gewerbegebiete entwickelt und dabei auch die Wünsche von Unternehmen nach größerer Nähe zu Autobahnauffahrten und Flughafen berücksichtigt (sonst beschränken wir uns bei der Ansiedlung von Betrieben auf diejenigen, die überwiegend der Nahversorgung dienen).

Beverhalle:

75.000 € für den Brandschutz - Umbau der Beverhalle halten wir auch nicht für passend, da nach den bisher bekannten Ideen dadurch die Zuschauertribünen wegfallen müssten und der BSV seine Sportveranstaltungen nur noch eingeschränkt durchführen könnte.

Nun zu den Einnahmen:

Die Gemeinde hat nur wenige Möglichkeiten, ihre Einnahmen zu steuern.

Wir können die Hundesteuer erhöhen: steht nicht zur Debatte.

Das Gleiche gilt für die Grundsteuern.

Wir könnten die Vergnügungssteuer erhöhen: Keine wesentliche Mehreinnahme, aber auch mehrheitlich vom Rat nicht gewünscht.

Wir könnten die Gewerbesteuer erhöhen: erhebliche Mehreinnahmen, aber mehrheitlich vom Rat nicht gewünscht.

Was bleibt?

Wie schon oben gesagt: der Kauf und Verkauf von Grundstücken.

Der Verkauf von Wohngrundstücken ist zurzeit für die Gemeinde lukrativ.

Der Bedarf ist groß. Die Grundstücke lassen sich wie geplant gut vermarkten.

Aber wie lange noch? Ob der Bedarf auch in den nächsten Jahren ausreicht, um unser Defizit decken zu können, steht für uns in den Sternen. Wie ein Lotto – Spiel (im Augenblick allerdings mit verbesserten Gewinnchancen!).

Gewerbegrundstücke im Eigentum der Gemeinde gibt es im Augenblick nicht.

Sonstige Grundstücke? Im Bereich der Hauptstrasse soll ein Grundstück vermarktet werden.

Da gibt es aber ein Problem. Der Rat hat noch keine Beschlüsse gefasst. Die Nutzung ist noch nicht geklärt. Und ob Ratsbeschlüsse für dieses Grundstück in den Augen unserer engagierten, mitdenkenden Mitbürger ohne Zeitverzug realisierbar sein werden, wage ich sehr zu bezweifeln. Und hier geht es um eine Summe auf der Einnahmenseite, die weit über dem Spielraum liegt, den uns der Etat lässt, um ein HSK zu vermeiden!

Zusammengefasst: Ausgaben für ein zu groß projektiertes Rathaus mit einem zu teuren Verfahren, Einnahmen nicht sicher:

In der jetzt vorliegenden Form will die SPD – Fraktion diesem Etatentwurf daher nicht zustimmen!